

# Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung

Nr. 30.

zu Nr. 288 des Hauptblattes.

1929.

Beauftragt mit der Herausgabe Regierungsrat Brause in Dresden.

## Landtagsverhandlungen.

(Fortsetzung der 18. Sitzung

von Dienstag, den 10. Dezember 1929.)

Abg. Schladebach (Dnat. — Fortsetzung):

Aus diesen Verhältnissen heraus müssen wir fordern, daß auch der niedrige Futtergerstenzoll von 2 M. für die Tonne beseitigt wird, weil nach unserer Überzeugung gerade die Frage des Futtergerstenzolls der Kardinalpunkt der ganzen Zollpolitik ist. Die auch schon zu diesem niedrigen Zollfuß heringekommene Futtergerste verdrängt den heimischen Roggen und die Kartoffeln vom Markt, oder anders gesagt, macht dem heimischen Roggen und der heimischen Kartoffel als Futtermittel auf dem Markt eine starke Konkurrenz, und diese ausländische Futtergerste bildet einen Anreiz zu einer ungehinderten Aufblähung der Schweinehaltung, die dann wieder einen starken Rückgang der Preise zur Folge haben muß.

Zum Schluß einige Worte zu den von der Reichsregierung geplanten Maßnahmen. Die Maßnahmen, die die Reichsregierung auf dem Gebiete des Getreidezollens plant, gehen dahin, das System des sogenannten gleitenden Zolls in Deutschland einzuführen. Wir haben gegen dieses System des gleitenden Zolls außerordentlich schwere Bedenken, und zwar deswegen, weil man in allen Ländern, in denen man dieses System bisher gehabt hat, damit schlechte Erfahrungen gemacht hat und weil alle diese Länder von diesem System wieder abgegangen sind. Unsere Bedenken richten sich bei dem gleitenden Zoll nicht so sehr gegen die Viehzölle, als vielmehr besonders gegen die Getreidezölle, aus dem ganz einfachen Grunde, weil das Getreide ein Artikel ist, der an der Börse gehandelt wird, den man einlagern, den man auf Vorrat kaufen kann und bei dem man dieser Wirkung, die dieses gleitende Zollsyste haben soll, dadurch vorbeugen kann. Das ist bei der Vieheinfuhr nicht in dem Maße der Fall. Denn man kann Schlachtvieh nicht auf lange Sicht aufspeichern und aufheben. Deswegen haben wir große Bedenken gerade bei der Getreideinfuhr. Denn es wird so kommen: Wenn der Zulandspreis so hoch ist, ist nach dem System des gleitenden Zolls der Zollfuß niedrig, und nun wird die Spekulation diese Gelegenheit benutzen, um zu diesem niedrigen Zollfuß sich stark vorzubereiten, und sie wird dann auf Grund dieser starken Vorbereitung zu niedrigem Zoll in der Lage sein, das herein gebrachte Getreide auf den Markt zu werfen und dadurch eine Senkung des Getreidepreises herbeizuführen. Man sieht natürlich in diesem Falle die Maßnahmen vor, daß dann der Zoll steigt. Aber damit wird man zu spät kommen, weil nach der Vorlage der Reichsregierung diese Steigerung erst nach Monaten in Kraft treten kann und weil dann natürlich, wie gesagt, durch das vorgeingeführte Getreide der Markt bis dahin beherrscht wird. Sie sehen also, durch diese Maßnahmen ist die Möglichkeit der Spekulation natürlich außerordentlich gegeben. Da die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Normalpreise den heutigen Zuständen entsprechen, darüber nicht heute hier lange zu verbreiten, ist zwecklos. Ich habe Bedenken, ob diese Preise den heutigen Gestehungskosten gegenüber ausreichen. Sie reichen nicht aus, wenn man den Index zugrunde legt, und ich gehe nicht zu weit, wenn man sagt, 50 Proz. Aufschlag auf den Friedenspreis ist der Preis, den heute die landwirtschaftlichen Produkte haben müssen. Nach unserer Überzeugung hat zu diesen Maßnahmen, die die Reichsregierung plant und über die noch geredet werden wird, in diesem Jahr das Zusammenfallen der Landwirtschaft in der grünen Front den Anlaß gegeben. Wir werden ja sehen, was gegenüber diesen Maßnahmen noch herausgeholt werden kann. Aber ehe diese Maßnahmen Gesetz werden — das ist praktisch nicht möglich vor dem 15. Februar 1930, denn bis dahin läuft ja der gekündigte schwedische Handelsvertrag —, ist es beinahe zu spät. Diese Tatsache darf nicht übersehen werden, denn bis zum 15. Februar kann mit diesen unzulänglichen Preisen für landwirtschaftliche Produkte nicht auskommen werden.

Deswegen ist es notwendig, daß gewisse Überbrückungsmaßnahmen in Kraft treten. Die Reichsregierung ist dazu in der Lage; sie kann auf Grund des Gesetzes vom vorigen Sommer eine stärkere Anwendung des Verzehrszwanges für Weizen fordern. Ich erinnere daran, daß auf des guten Sommers die Qualität des deutschen Weizens dieses Jahr außerordentlich gut ist und daß Bedenken hier in keiner Weise bestehen. Wir fordern gegenüber dem Vorhaben der polnischen Regierung, den polnischen Roggen billig nach Deutschland hineinzuverfrachten, starke Kampfzölle gegen Polen, um das zu verhindern. Wir fordern als Zwischenmaßnahme und Überbrückungsmaßnahme die Beseitigung des ermäßigten Gerstenzolls, weil, wie ich schon sagte, gerade von diesem Gerstenzoll die Preisentwicklung für Roggen außerordentlich stark abhängt. Möglich wäre ferner eine sofortige Erhöhung des Malzolls. Er ist nicht gebunden, und dadurch wäre es möglich, dem heimischen Gerstenmarkt zu helfen. Auch hier liegen die Verhältnisse so: Wir haben in diesem Jahre in Deutschland infolge der guten Witterung eine sehr gute Brauergerste geerntet, aber augenblicklich ist auf dem Gerstenmarkt die Gerste überhaupt nicht abzufehen. Wir hat noch in der vorigen Woche ein größerer Landwirt aus der Dresdner Gegend gesagt, daß er gern 600 Zentner Brau-

gerste verkaufen würde, weil er Geld schaffen muß, daß ihm aber keine Brauerei auch nur einen Zentner von dieser Gerste abnimmt. Man könnte daran denken, als Überbrückungsmaßnahme vorzuschreiben, daß die Beimischung von Roggenmehl zum Weizenbrot in Kraft tritt. Auf der anderen Seite muß aber im Zusammenhang hiermit ein Verbot erlassen werden, daß minderwertiges Weizenmehl zur Herstellung von Roggenbrot verwendet wird.

Ich habe versucht, die wesentlichen Forderungen der Landwirtschaft darzustellen, die, wie ich immer wieder betone, jetzt geeint in der grünen Front vertreten werden. Hinter dieser Front steht die überwältigende Mehrzahl der deutschen Bauern. Wir müssen deshalb im Gegensatz zu dem kommunistischen Antrag fordern, nicht daß die sächsische Regierung ihren Standpunkt beim Reiche gegen jede Zollerhöhung und für den Abbau der Zölle einnimmt, sondern wir ersuchen die sächsische Regierung und wir weisen sie auf die ganz ernste Lage, in der sich die Landwirtschaft befindet, hin, bei ihrer Stellungnahme in Berlin Rücksicht zu nehmen auf den Existenzkampf, den die Landwirtschaft durchmacht und der letzten Endes, wenn er bestanden werden soll, eben einen Schutz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse erfordert.

Kommt die Landwirtschaft über diese schwere Krise hinweg, so wird sich das auch auf die übrige Wirtschaft auswirken, indem das eintritt, was ich eingangs sagte, daß die Landwirtschaft wieder als maßgebender und wesentlicher Faktor Abnehmer auf dem Binnenmarkt wird, der in der Lage ist, dort Waren in dem Umfange aufzunehmen, wie sie das früher getan hat. (Bravo! beim Sächs. Landvolk.)

Abg. Zobbert (Zog.): Es ist nicht möglich, alle Gesichtspunkte zu erörtern, die von den Rednern hier angeführt worden sind. Ehe ich aber zur Sache spreche, möchte ich eine kleine polemische Bemerkung machen gegen Herrn Kemmer. Herr Kemmer hat wieder einmal eine seiner berühmten Äußerungen über die Sozialdemokratie geäußert. Wir haben keine Lust, um den Kommunisten das ganz deutlich zu sagen, auf diese fortgesetzten Anspielungen, die ich mit revolutionärer Phrasologie bezeichnen möchte, zu antworten. Die Wahlen in der letzten Zeit haben bewiesen, daß die Kommunisten trotz all ihrer großen Redensarten, die ich außerhalb des Parlaments anders bezeichnen würde, nicht imstande waren, Wählermassen für sich zu gewinnen, sondern daß sie im Gegenteil Wählermassen verloren haben, ansehend an die Partei, die in bezug auf Phrasologie noch etwas großmühdiger ist als sie.

Nun zur Sache selbst! Herr Kollege Kemmer hat in seinen wenigen Ausführungen, die er zur Sache gemacht hat, mit Recht bemerkt, daß die Teuerung erheblich gestiegen sei und daß besonders die Preise für Lebensmittel heute außerordentlich hoch sind. Der verkörperte Abg. Schreiber Mikowicz, der doch schließlich als sachkundiger Mann anzusehen ist, hat früher dazu einmal betont, daß trotz der hohen Fleischpreise für den Verbraucher der Landwirt für seine abgesetzten Produkte nicht demjenigen Preis bekomme, den er brauche, um in dem Maße, wie er es sich vorstellt, seine Erzeugnisse fristen zu können; er hat damals auf Jurns von unserer Seite hin gesagt, daß die Spanne, die der Handel vom Preise beansprucht, außerordentlich groß sei, und er hat uns zugestimmt, als wir sagten, daß der Weg vom Erzeuger zum Verbraucher ein sehr, sehr langer geworden sei, dessen Zwischenstationen den Preis so ungeheuer verteuerten. Wir sind deshalb auf das Problem der genossenschaftlichen Verwertung der landwirtschaftlichen Produkte gekommen, den Weg vom Erzeuger zum Verbraucher zu kürzen, und dabei auch dem Landwirt für seine Produkte einen Preis zu ermöglichen, der ihm die Lebensmöglichkeit garantiert. (Abg. Siegert: Die Konsumvereine auch!)

Wenn Herr Kollege Siegert meint, daß die Konsumvereine mit ihren Preisen heruntergehen möchten, so möchte ich ihm sagen, daß beispielsweise der Konsumverein Weizen und Umgebung mit den landwirtschaftlichen Erzeugern in einem direkten Vertragsverhältnis steht und so in der Lage ist, billigere Preise für die Fleischprodukte zu erzielen, ohne daß die Landwirte im Widerspruch Bezirke deswegen schlechtere Preise für ihre Produkte bekommen. (Hört, hört! links). Das ist also jedenfalls das, was uns vorwärts und was wir Landwirtschaft nennen.

Es sind nun verschiedene Möglichkeiten aufgetaucht, wie die Preise der Industrie und der Landwirtschaft zu nach ihrer Meinung besseren Preisen kommen sollen. Die Wünsche der sogenannten Interessentenkreise sind ja außerordentlich weit gegangen. Ich denke nicht an die unrealistischen Ausführungen des Herrn Dr. Frucht in bezug auf die Lage der sächsischen Industrie, ich meine jetzt das, was generell von der gesamten Vertretung der deutschen Industrie in bezug auf die Zollerhöhungen verlangt worden ist. Das ist, und das möchte ich den Herren Kommunisten besonders sagen, in der Reichsregierung selber schon abgelehnt worden, und zwar kann das nicht zum mindesten als Erfolg dessen gebacht werden, daß wir Sozialdemokraten in der Reichsregierung sitzen haben. Das, was jetzt als Regierungsvorlage über die Zölle bekannt geworden ist (Jurns rechts: Ist überhaupt nichts mehr!), spezifiziert im wesentlichen auf die Getreidezölle, auf den Aluminiumzoll und auf den Schahzoll. Einige Bemerkungen zu den Getreidezöllen! Die gleitenden Zölle, die man jetzt eingeführt hat und die der Herr Kollege

Schladebach nicht für richtig hält, halten wie im Prinzip für richtig insofern, als damit die Möglichkeit — ich sage absichtlich nicht: eine Garantie — besteht, wilden Preisschwankungen zu begegnen, als damit auch die Möglichkeit einer planmäßigeren Bewirtschaftung besteht und als damit auch unerhörte wucherische Bestrebungen auf Erhöhung der Roggen- und Weizenpreise — in diesem Fall auch der Schweinepreise — etwas abgebrochen werden können. Daß gleitende Zölle kein Allheilmittel sind, darüber sind wir uns vollkommen klar, aber sie sind vielleicht ein Mittel, um zu verhindern, daß die Anarchie in der Preisbildung solche tolle Sprünge macht, wie das in der Vergangenheit oftmals geschehen ist. Die gleitenden Zölle sind aber nun in eine Form gebracht, die von einem an sich richtig erkannten Gedanken weit abweichen und die wir deshalb ablehnen. Vor allen Dingen können wir als Sozialdemokraten nicht zulassen, daß die übermäßig hohen Zölle, die in der Regierungsvorlage verzeichnet sind, Wirklichkeit werden, weil wir da die große Gefahr sehen, daß wiederum eine Erhöhung der Preise, vor allen Dingen der Brotpreise, folgt; denn wir haben nicht festgestellt, daß bei den jetzt geltenden Zollfüßen und bei der angeblich zum Teil vorhandenen Überschreitung des deutschen Marktes mit Roggen und Weizen und der dadurch nach Meinung der Landwirte bedingten niedrigen Preise eine Erhöhung der Brotpreise eingetreten ist. Wir haben vielmehr den Zustand ähnlich wie beim Fleisch, daß der Landwirt vielleicht für seinen Roggen und Weizen einen Preis bekommt, der ihm als Landwirt vielleicht vom subjektiven, ökonomischen Standpunkt aus nicht zuläßt, daß aber dennoch der Verbraucher hohe Preise für das Brot zu zahlen hat.

Die Sozialdemokratie hat sich bemüht, der Frage eines Getreidemonopols näherzutreten. Sicher ist auch ein Getreidemonopol durchaus kein Allheilmittel. Es gibt überhaupt in der kapitalistischen Wirtschaft kein Allheilmittel dieser Art. Aber wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß eine mögliche Stabilität der Preise erreicht werden soll, dann muß man sich meines Erachtens dem Monopolgedanken, den die Sozialdemokraten jetzt wieder vertreten haben, nähern. Ich unterlasse selbstverständlich die Gefahren eines Getreidemonopols nicht, aber, wie kann man sonst, ohne den Verbraucher unerhört hohe Preise zahlen zu müssen, zu einer Stabilität der Getreidepreise kommen, die im Interesse der Landwirtschaft und auch der Verbraucher liegt? Es sind wir der Meinung, daß eines der Mittel, die wir zur Anwendung bringen könnten, das Getreidemonopol wäre, und daß das Getreidemonopol besser ist als ein Weizenzoll, als die jetzt vorgezeichneten hohen Zölle und als die Anarchie auf dem Getreidepreismarkt. Die Herren von der „grünen Front“ haben ja den Gedanken des Getreidemonopols zuerst abgelehnt, wir nehmen aber an, daß man sich dort einmal über ein Getreidemonopol in einer Form einigen kann, die für Erzeuger und Verbraucher tragbar ist.

Wenn wir hören, daß die Zollfüße der Getreidefabrikate ebenfalls erhöht werden sollen, daß die autonomen Viehzölle erhöht werden sollen, dann müssen wir sagen, daß das für die breiten Massen der Bevölkerung durchaus untragbar ist. In der Form geht es einfach nicht. Wenn auch im Augenblick die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich noch nicht, soweit ich unterrichtet bin, über die ganze Sache offiziell schlüssig geäußert hat, so kann ich doch auf Grund der mir gewordenen Mitteilungen sagen, daß sie diese Zölle, die die Reichsregierung vorschlägt, abzulehnen gedenkt aus den von mir dargelegten Gründen. Auch Herr Schladebach hat erwähnt, daß der Schweinezoll ebenfalls gleitend anfallen werden ist. Hier darf man sich den Wip leisten, ohne zur Ordnung gerufen zu werden, daß wir wirklich von einer Schweinewirtschaft in Deutschland sprechen können, die aller Verjährung spottet, denn was wir in Deutschland in der Beschaffung der Schweinefleischpreise lernen gelernt haben, ist ein tolles Auf- und Abtanzen der Preise, ist eine Anarchie, wie sie immer nicht gedacht werden kann. Herrn Schladebach möchte ich sagen, daß unser Material uns beweist, daß selbst in der Zeit, wo kein einziges polnisches Schwein auf Grund der Vertragsverhandlungen nach Deutschland hereingekommen ist, die Schweinepreise auf die Hälfte zurückgegangen sind. Nebenfalls liegen die Dinge so, daß es in der Art, wie bisher in Deutschland auch von der Landwirtschaft und gerade von der Landwirtschaft die Dinge gesehen werden sind, nicht weitergehen kann, daß damit der Landwirtschaft in keiner Weise gedient ist, sondern daß man auch zu einer Stabilität der Schweinepreise und darüber hinaus später zu einer Senkung der Schweinefleischpreise kommen muß; und das ist nicht anders möglich, als daß man eben eine planmäßige Marktpolitik treibt. Aber ich weiß ganz genau: wenn das Wort von planmäßiger Marktpolitik fällt, dann geht die grüne Front hoch aus dem einfachen Grunde, weil sie sich an planmäßige Marktpolitik nicht zu gewöhnen vermag, weil es ihr viel leichter und einfacher erscheint, immer auf irgendeine Reichsregierung loszudrehen oder auf die Konsumvereine, oder auf die Begehrlichkeit der Arbeiter zu schimpfen, die immer höhere Löhne haben wollen. Damit aber kommt man keinen Schritt weiter.

Und wenn dann das Wort vom Handelsvertrag mit Polen gefallen ist, so möchte ich einmal den Herrn Kollegen Frucht fragen, ob man, wenn man mit einem 30-Millionen-Volk wie Polen Vertragsverhandlungen eingeht und die Absicht dort hat, auch die deutschen Industrieerzeugnisse an den Mann zu bringen und bei

Arbeitslosigkeit in etwa zu begegnen, nicht auch Kompensationen in Bezug auf die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus einem Ausland wie Polen mit in Kauf nehmen muß. (Abg. Claus: Wer hat denn das erste Kontingent mit Polen geschlossen? Der Landwirtschaftsminister Schiele, der hat damals auch nicht anders gekonnt, als praktische Politik zu treiben und zu versuchen, mit Polen in irgendeiner Form zu Vertragsverhandlungen zu kommen. Wenn das schon einmal so ist, dann hat es gar keinen Zweck, wenn man sich darüber erregt, daß polnische Schweine und polnischer Roggen nach Deutschland eingeführt werden, dann heißt es nach Wegen zu suchen, um dieser Einfuhr, volkswirtschaftlich gesehen, die Spitze abzubreaken. (Abg. Dr. Troll: Kennen Sie das Mittel?) Ich habe das Mittel nicht (Aha! b. d. Nat.), ich bin objektiv genug, zu sagen, daß das noch ein Problem ist, ein Problem, mit dem sich die Landwirtschaft und die Industrie befassen muß, mit dem sich auch die deutsche Arbeiterschaft befassen muß. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Ich greife aus der Fülle der Probleme, weil ich nicht alles erörtern kann, nur eines heraus, das mir gerade vom sachlichen Gesichtspunkt aus wichtig erscheint, die Tatsache nämlich, die wir ja in ganz Deutschland zu verzeichnen haben, daß die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse durchaus noch nicht von der deutschen Landwirtschaft auf die Höhe gebracht worden ist, wie das eigentlich notwendig wäre. Wenn z. B. für die Einfuhr ausländischer Eier in jedem Jahre 300 Mill. M. ausgegeben werden müssen, dann liegt das doch im wesentlichen, wenn auch nicht allein, daran, daß wir in Deutschland die Eierproduktion noch nicht auf die Höhe gebracht haben, wie es eigentlich erforderlich wäre. Wenn wir die 300 Mill. M. im Lande behalten könnten, wäre das für uns vom Standpunkt der Handelsbilanz aus ein kolossales Vorteil.

Auch die Frage der Intensivwirtschaft des Gemüsebaues ist ein eminent volkswirtschaftliches Problem. Auf der Tagung des sächsischen Gartenbauvereins dieses Jahres in Weichen ist von einem Sachmann des Gartenbaues gesagt worden, daß auf der gartendaulich benutzten Fläche 6-7-mal mehr Menschen ernährt, 27-mal mehr Arbeitskräfte beschäftigt bzw. benötigt würden, als auf landwirtschaftlich genutzten Flächen. Das ist ein Problem für Sachsen, nämlich den Feldgemüsebau in einer Form zu betreiben, daß wir dadurch auch arbeitsmarktpolitisch eine Entlastung bekommen, und ich möchte die Herren vom Wirtschaftsministerium ganz besonders bitten, dieser Frage ihr Augenmerk zu schenken.

Die Verhältnisse könnten in mehr als einer Beziehung in dieser Richtung gewandelt werden. Ohne der Landwirtschaft subjektiv einen Vorteil zu machen, muß doch objektiv gesagt werden, daß die Bestrebungen auf Rationalisierung, Intensivierung und Technisierung der Landwirtschaft viel zu spät eingeleitet haben. (Zuruf b. d. Nat.: Wegen Geldmangel!) Wenn Sie sagen, meine Herren von rechts, daß der Kapitalmangel schuld sei, wie reimt sich das damit zusammen, daß seit 1924 nach wissenschaftlich einwandfreien statistischen Angaben insgesamt fast 2 Milliarden RM. im ostelbischen Großgrundbesitz in Gestalt von Krediten festgefroren sind, die volkswirtschaftlich zur Intensivierung und Rationalisierung der Gebiete im Osten nicht nutzbar gemacht worden sind? (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn man diese Milliarden benutzt hätte, um die vielen landwirtschaftlich nicht benutzten Flächen im deutschen Osten für intensive Bauernwirtschaft freizulegen, dann wären diese Kredite nicht fehlgeleitet. Aber so sind sie fehlgeleitet, und man hat neben der vollständig falschen Politik eine vollständig falsche Kreditpolitik betrieben. Darum sagen die Herren von der Landwirtschaft heute, die Landwirtschaft ist überschuldet. Aber man muß dann objektivweise auch hinzufügen, welcher Teil der Landwirtschaft überschuldet ist. (Abg. Claus: Sehr richtig! — Zuruf b. d. Nat.: Alle gleichmäßig! — Widerspruch b. d. Soz.) Solche Behauptungen soll man doch hier nicht aufstellen. Es ist zweifellos verschuldet der Großgrundbesitz im Osten. Es ist zu einem Teile verschuldet der Mittelbesitz. Sicherlich aber in dem Maße verschuldet, wie man es immer hinstellt, ist die Mehrheit der deutschen Landwirtschaft nicht.

Wenn in unserem sozialdemokratischen Agrarprogramm gesagt wird, daß dem arbeitenden Bauer und dem Proletariat in der Stadt eine tiefe Interessensolidarität miteinander verbindet, dann, glaube ich, mit meinen wenigen Bemerkungen zu diesem Problem gesagt zu haben, daß die Lage tatsächlich so ist und daß wir darum prüfen müssen, welchen Weg wir gehen und welche Mittel in Anwendung gebracht werden müssen, um der zweifellos zu einem Teil vorhandenen Not- und Krisenlage der Landwirtschaft zu begegnen, aber zu gleicher Zeit auch — sagen wir als Sozialdemokraten hinzu — der unerhörten Preistreibererei endlich einmal ein Ende zu machen, die die Lage der Arbeiterschaft in den Städten immer mehr verschlechtert und die Kaufkraft der Bevölkerung ganz erheblich einengt.

Rum ein Wort zu den industriellen Zöllen, die von der Reichsregierung vorgeschlagen werden! Die Schutzzölle sollen erhöht werden. Man kann annehmen, daß das Zahlungsmaterial, das der Zollvorlage der Reichsregierung zugrunde liegt, veraltet ist. Denn die Regierungsvorlage geht davon aus, als ob die Einfuhr von Schuhen, in erster Linie von Latschuhen aus der Tschechoslowakei, nach Deutschland größer geworden sei. Nach den statistischen Zahlen, die uns vorliegen, betrug die Einfuhr von Schuhen nach Deutschland von Januar bis Oktober 1928 4 275 000 Paar, in demselben Zeitraum 1929 aber nur 2 006 000 Paar (Zuruf rechts: Der Rückgang der Kaufkraft!), während die Ausfuhr, die von Januar bis Oktober 1928 2 064 000 Paar betrug, auf 2 270 000 Paar im gleichen Zeitraum 1929 gestiegen ist. Bei steigender Ausfuhr und bei sinkender Einfuhr will man trotzdem eine solche Zollpolitik machen. Wird den Interessenten denn der Widerstand einer solchen Politik nicht klar? Sieht man nicht, wie man auf diese Art und Weise geradezu das Stichwort für das gibt, was man meinetwegen Hochschutzzollpolitik nennen mag? Warum sollen wir den Anfang machen mit hohen autonomen Zollhöhen? Warum sollen wir uns dadurch Verhandlungsmöglichkeiten von vornherein erschweren? Das wird auch Herr Kollege Dr. Frucht nicht wollen. Da gibt man doch erst für die wirtschaftlich mächtigeren Länder

das Stichwort, ihrerseits ebenfalls hohe autonome Zollhöhen festzusetzen, und das Ende vom Liede ist eine Basis, die überaus hoch ist und die volkswirtschaftlich und handelspolitisch nicht tragbar ist. Deshalb stellt sich die Sozialdemokratie auf den Standpunkt, daß die Schutzzölle überflüssig und schädlich sind.

Es muß auch noch ein Wort zu dem Aluminiumzoll gesagt werden. Auch die Aluminiumzölle, wie sie die Reichsregierung vorschlägt, sind nicht tragbar. Wir müssen der Reichsregierung hier zum Vorwurf machen, daß sie sich zum Preistreiber hergegeben hat. (Zuruf b. d. Sp.: Ganz das Gegenteil ist es!) Ich verweise auf einen Artikel der „Reiniger Volkszeitung“, die diese Dinge behandelt hat und darauf hinweist, daß die Aluminiumproduktion so gestärkt ist, daß sie keines Zolles bedarf. Die deutsche Aluminiumindustrie ist durchaus wettbewerbsfähig. Seit dem Jahre 1906 besteht aber ein deutsches Aluminiumkartell. Da wird des Pudels Kern sein. Man kämpft um die Erhöhung der Quoten, und um dieser Quotenerhöhung willen soll die deutsche Verbraucherschaft belastet werden.

Die Dinge liegen also so, daß wir uns energisch auch gegen diese Zollhöhen zum Wehr setzen müssen. (Stellu. Präz. Dr. Ehardt macht den Redner darauf aufmerksam, daß seine Redezeit abgelaufen ist.)

Ich möchte also ganz kurz als Schlussbemerkung nur sagen, die Sozialdemokratische Partei, soweit sie reichspolitisch als Reichstagsfraktion in Erscheinung tritt, wird gegen die neue Zollpolitik, vor allen Dingen die Zollvorlage der Reichsregierung Stellung nehmen. Sie wird versuchen, einen Weg zu finden, der der Landwirtschaft, nur der Landwirtschaft in diesem Falle Hilfe bringen kann, ohne die Verbraucher zu belasten. Sie steht weiter auf dem Standpunkt, daß die Industriezölle abzulehnen sind, weil sie überflüssig und schädlich sind. Ich möchte deshalb bitten, daß die sächsische Regierung in dieser Richtung im Reichstagsrat votiert, um den Interessen der sächsischen Arbeiterschaft und, wenn man so will, auch den Interessen der sächsischen Industrie und Landwirtschaft zu dienen. (Bezo. b. d. Soz. — Abg. Dr. Frucht: Bis unsere Betriebe stillstehen!)

Abg. Claus (Dem.): Der Zwischenruf des Herrn Kollegen Troll, daß die Landwirtschaft gleichmäßig verschuldet sei, stimmt entschieden nicht. Bennauf 5,1 Millionen Bauern eine Verschuldung von 11 Milliarden entfällt, so kommt auf den Bauern 2000 M. Das ist eine Verschuldung, die die kleinen Betriebe tragen könnten. Deshalb ist die Sache nur so zu erklären, daß einzelne Betriebe sehr stark verschuldet sind und ein großer Teil der Betriebe überhaupt nicht.

Die Landwirtschaft hat entschieden schwere Zeiten hinter sich, darüber will ich mich nicht auslassen. Es erübrigt sich da jedes Wort. Wohl hat das energische und tatkräftige Eingreifen des Reichsernährungsministers Dr. Dietrich hier Wandel geschaffen, aber die Krise ist selbstverständlich noch nicht zu Ende. Es gibt immer noch zahlreiche Gebiete, von denen man sagen kann, daß der Erzeugerpreis höher ist als die Herstellungskosten. Deshalb darf auch die Bauernhilfe, von der schon solange gesprochen wird, nicht länger hinausgeschoben werden. Die dauernde Unrentabilität führt mindestens dazu, daß die Betriebsmittel fehlen werden. Wenn ich aber heute Saatgut erzeugen soll, wenn ich den Boden gründlich bearbeiten soll, wenn ich den Viehbestand aufrechten soll, so kann ich es nur tun, wenn sich diese Anwendung auch lohnt. Die deutsche Ernte wird auf 15 bis 20 Milliarden geschätzt. Ich betrachte das als eine Unterschätzung. Aber nehmen Sie einmal diese Zahl an, so bedeutet ein 10-prozentiger Rückgang in der Landwirtschaft ungefähr 2 Milliarden. Das ist dieselbe Belastung, die wir heute durch die Reparationsleistungen haben. Auf die Dauer diese Doppelbelastung zu tragen, ist für Deutschland entschieden zu viel. Deshalb stehe ich auf dem Standpunkt, die Bauernhilfe muß sehr bald kommen.

Rum liegt ja die Hilfsbereitschaft von allen Seiten vor; von den Kommunisten wenigstens für die aller-kleinsten Betriebe. Es fehlt auch wirklich nicht an Vorschlägen und Plänen, davon haben wir wirklich übergenug. Aber über die einzuflughenden Wege und Mittel gehen die Meinungen außerordentlich auseinander, und die Einigung ist auch außerordentlich schwer, weil in der Landwirtschaft selbst eine Schichtung vorhanden ist, die nicht gleichmäßig ist. Was wir z. B. den Großgrundbesitzern zuwenden, das kann den mittleren und kleineren Betrieben in außerordentlicher Weise schaden. Weiter ist ja bei den ganzen Maßnahmen Rücksicht zu nehmen auf die zahlreichen bodenkundigen Gewerbe, wie Mühlen, Brauereien, Brennereien, Zuckerraffinerien, die von der Landwirtschaft beliefert werden und un-mittelbar mit ihr im Zusammenhang stehen. Dann wird die Einigung vor allem auch deswegen so erschwert, weil von den extremen Parteien ganz überspannte Forderungen gestellt werden, die niemals durchzuführen sind und die im Gegenteil die Köpfe nur noch mehr verwirren.

Der Herr Reichsernährungsminister Dr. Dietrich hat schon vor Jahresfrist bei Besprechung seines Programms darauf hingewiesen, daß es geradezu krankhaft sei, daß man immer von Gesetzen und Zolltarifen Hilfe erwarte, und er hat damit vollständig recht. Wo bleibt denn bei einem Stand, wie es die Landwirtschaft ist, die Selbsthilfe? Hier muß ich allerdings ganz ruhig sagen, in diesem Punkt hat der Reichslandbund eine schwere Verschuldung auf sich geladen, indem die landwirtschaftlichen Genossenschaften unter seiner Führung vollständig her-untergewirtschaftet worden sind. (Sehr gut! b. d. Soz.) Es ist doch unglücklich, daß jetzt 75 Mill. M. aufgebracht werden müssen, um diese Genossenschaften wieder zu sanieren. Wie müssen sie sanieren, denn ohne sie ist eine Selbsthilfe nicht möglich. Ohne diese Genossenschaften ist es gar nicht zu erreichen, daß wir, was jetzt ja gefordert wird, den Absatz regeln, daß wir die Produktion verbilligen und verbessern.

Rum muß ich allerdings auch hier sagen, daß der Herr Reichsernährungsminister auf diesem Gebiet außerordentlich viel getan hat. Ich darf darauf hinweisen, daß er auf 5 Jahre lang jährlich 20 Mill. M. für die Regelung des Verkehrs in Rostfelleiszeugnissen, Eiern, Gemüse, Obst und Fleisch sichergestellt hat. (Zuruf rechts: Schiele!) Unter Schiele ist das Notstandsprogramm seinerzeit angeregt worden, Dietrich hat es durchgeführt.

Aber die 100 Millionen für das Notstandsprogramm, Herr Kollege Dr. Troll, sind erst nachträglich eingefügt worden! Meine Herren auf der Rechten, seien Sie ja außerordentlich still! Sie haben immer sehr viel Kritik im Munde, wenn eine andere Regierung am Ruder ist. Was ist denn aber geschehen, als die Reichsregierung im Weiche da war? Schiele und Schiele, Hermes und wie sie alle heißen, die jetzt den Mund außerordentlich voll nehmen, haben früher gar nichts getan. Auf das Notstandsprogramm berufen Sie sich ja nicht!

Es ist ja bereits ein Erfolg erzielt worden. Die Preise für Schweine sind jetzt vollständig angemessen und merkwürdigerweise seit Jahr und Tag vollständig stabil. Auch der Herr Schladebach hat anerkannt, daß mit einem Preis von 75 bis 80 M. die Landwirte zufrieden sein können. Woburch ist das erreicht worden? Dadurch, daß man die Märkte gleichmäßig besetzt hat und daß es gelungen ist, auch Schweine ins Ausland zu bringen. Ich sehe hier überhaupt auf dem Standpunkt, daß das Heil der Landwirtschaft nicht von den absolut hohen Preisen abhängt. Es hängt davon ab, daß die richtige Spanne hergestellt wird zwischen dem Erzeugerpreis und dem Verbraucherpreis. Und das kann, wie Herr Schladebach ausführte, auf verschiedene Weise geschehen. Wollen wir doch das eine nicht vergeten, nämlich das: wie verbilligen wir die Produktion? Und wenn jetzt die landwirtschaftlichen Genossenschaften saniert sein werden, werden sie darauf zu achten haben einmal, was ja Herr Schladebach auch betonte, daß die Organisation wirklich nur mal neutral bleibt — ich hoffe, daß das gelingen wird —, zum anderen aber, daß sie dafür sorgen wird, daß die Landwirtschaft möglichst billig einkauft.

Es kommt aber bei der Verbilligung noch auf andere Dinge an. Es ist auch von Herrn Schladebach selbst die Steuer herangezogen worden. Wie ist es da jetzt? Es gibt Landwirte, die Bücher führen, und solche Landwirte, die Steuern bezahlen. Wir Demokraten haben von jeder eine einheitliche Steuer verlangt, die Flächen-ertragssteuer. Merkwürdigerweise wurde diese Flächen-ertragssteuer von den Rechtsparteien abgelehnt. Ich möchte noch eines sagen: Es sind Steuerermäßigungen seit 1925 erfolgt. Es ist z. B. die Einkommensteuer für die Mitarbeit im Betrieb auf 50 Proz. gesenkt worden; es ist die Umsatzsteuer bis zu 10000 M. im Betrieb freigelassen worden. Wer hat denn diese Maßnahmen durchgeführt? Das ist der demokratische Reichsfinanzminister Dr. Reinhold gewesen.

Und dann ist noch eine Verbilligungsaktion möglich, das ist die Verbilligung der Düngemittel. Dieser Beitrag im Wirtschaftsministerium in Preußen möchte wirklich einmal andere Wege gehen. Jetzt verfolgt er nämlich das Ziel: da heißt es höhere Zölle, höhere Getreidepreise, damit wieder höhere Preise für Düngemittel gefordert werden können. Sehen Sie sich einmal an, was jetzt im Kalk-syndikat vor sich gegangen ist, welche Dividenden gezahlt werden. Da hätte wirklich der Landwirtschaft etwas zugute kommen können. Aber das wird von der grünen Front nicht anerkannt.

Rum ist es natürlich so, daß die Maßnahmen des Herrn Reichsernährungsministers sich nicht im Handumdrehen auswirken werden. Solche Dinge müssen ausreifen, und deshalb bebaue ich es, daß die grüne Front jetzt weit über das hinaus fordert, was tatsächlich möglich ist. Was will man denn jetzt in der Reichsregierung? Die Schweinepreise sollen so bleiben, wie sie heute sind; damit sie eben nicht höher kommen oder tiefer kommen, damit sie eben nicht eine Ausgleichsgebühr von 8 M. vor-geschlagen. Also wenn die Preise höher gehen, zieht man ab, wenn sie überschritten werden, legt man 8 M. drauf. Das Getreide soll Nichtpreise bekommen, Roggen 220 bis 240 M., Weizen 240 bis 270 M. Ja, das sind doch Preise, die ganz angemessen sind. Es fragt sich nur, wie wird man diese Preise erreichen? Die Mittel, die angewendet werden sollen, sind sehr vernünftig. Ich erschrecke gar nicht vor der Durchführung des autonomen Zolles, der von 5 M. und 5,50 M. jetzt auf 10 M. und 10,50 M. gebracht werden soll. Das ist durchaus erträglich, und hier ist die Ausgleichsgebühr eingestellt worden. Wird der Preis überschritten, werden 2 M. abgezogen für den Doppeltentner, und wird der Preis unterschritten, werden 2 M. draufgeschlagen. Also auch hier wieder diese ganz vernünftige Regulierung. Es kann nach keiner Seite unangstlich wirken, weder für die Landwirtschaft, noch für die Verbraucher. Aber diese Preise, die heute festgestellt werden, fürchten die Sozialdemokraten, fürchten die Linke. Ich glaube, dazu liegt keine Veranlassung vor. Ich kann mir kaum denken, daß der Fleischer oder Bäcker oder sonstige Nahrungsmittel-gewerbetreibende solche Preise, wie sie die Reichsregierung fixiert, dazu benutzen würde, um unnötige Preissteigerungen in die Welt zu setzen.

Noch ein Wort zu den Futtermittelzöllen! Ich bin für alle Maßnahmen der Regierung zu haben, die sie eingeführt hat. Die Weiszölle sind überhaupt nur zu dem Zwecke gekommen, damit die große Spanne zwischen dem Mehl und dem Getreide beseitigt wird, damit wir nicht mit französischem Mehl überschwemmt werden. Das war eine ganz vernünftige Maßnahme, die eigentlich kommen mußte. Aber was die Futtermittelzölle betrifft, so überlegen Sie sich einmal, was es heißt. Wenn heute zur Erzeugung eines Hektars Milch 1 Pfund Kraftfutter gehört, so liegt auf diesem Kraftfutter 1 Zoll von 3 Pfennigen, d. h. also, auf 1 Pfund Butter, zu dem man 15 Pfund Kraftfutter braucht, kommen 45 Pfennige Zoll. Und geschätzt ist die Butter heute mit 15 Pfennigen. Überlegen Sie, was das heißt! Das heißt, durch die Einführung der Futtermittelzölle die viehzüchtende Landwirtschaft viel schlechter stellen, als sie heute gestellt ist. Das wäre ganz verkehrt, wenn man die fürnerbauende Landwirtschaft, die nur ein Drittel der gesamten Produktion erzeugt, bevorzugen wollte gegenüber der viehzüchtenden Landwirtschaft. Genau so ist es bei der Schweinemast. Sie brauchen jetzt 5 Zentner Kraftfuttermittel für einen Zentner Fleisch. Wenn Sie aber auf dieses Kraftfutter 12 1/2 M. Zoll legen und auf bloß 8 M. Schutz Zoll drauf haben, dann heißt das auch mit anderen Worten, die Produktionsweise der Viehzüchter, der Schweinemäster zu verschlechtern. Deswegen werden wir uns auf diesen Zoll auf keinen Fall mit festlegen lassen. Das bedeutet tatsächlich eine Verschlechterung für den größten Teil der Landwirtschaft.

Dann noch ein ganz kurzes Wort zu dem Getreidemonopol! Es war interessant, daß in diesem Frühjahr die Sache so hand, daß man glaubte, es würde mit Hilfe der Sozialdemokratie und der grünen Front das Reichsmonopol zustandekommen. Die Sozialdemokratie ist durch Herrn Dr. Haber belehrt worden, daß die Sache ganz undurchführbar ist, und merkwürdigerweise hat auch Herr Schladebach heute nichts mehr zu dem Getreidemonopol gesagt, obwohl ich ihm einmal einen Zwischenruf dazu gemacht habe. Was wird mit dem Getreidemonopol erreicht werden? Wenn man erreichen will, daß durch das Monopol billige Preise und stabile Preise erzielt werden, dann muß man selbstverständlich die ganze Produktion aufnehmen können, man muß also die Einrichtungen, die Träger dazu haben, auch das Geld haben, um die Produktion zu bevorzugen. Dazu sind wir heute gar nicht imstande. Und stabile und billigere Preise werden dadurch auch nicht erreicht.

Ich möchte also an die Regierung die Bitte richten, die Pläne des Herrn Reichsernährungsministers und der heutigen Regierung zu unterstützen, nur gegen die Futtermittelzölle und gegen das Reichsmonopol ganz entschieden Stellung zu nehmen. (Bravo! b. d. Dem. u. d. Wirtsch.)

Abg. Dr. Ebert (Dnat.): Ich möchte nicht eine von den Reden halten, die nach Berlin gehören, ich möchte nur ein paar Worte zu den Ausführungen des Herrn Abg. Döbberer sagen, der der Meinung war, daß die Kredite, die nach Ostpreußen gegangen sind, zu Rekolonisation hätten verwendet werden müssen; das sei nicht geschehen, sie wären falsch angelegt worden. Ich möchte Herrn Döbberer nur sagen, daß nach meiner Kenntnis der Verhältnisse die Kredite, die in die Landwirtschaft überhaupt gegangen sind, gar keine Gelegenheit finden, in die Rekolonisation zu gehen, weil sie aufgenommen worden sind, um übermäßige Steuern zu bezahlen. Denn die Wahrheit ist die, daß in der neuen Zeit, die für uns alle ja von der Revolution an datiert, obwohl wir sie mit verschiedenen Augen ansehen, tatsächlich nicht nur die bäuerliche Rente verschwinden ist, sondern ein Teil des bäuerlichen Arbeitslohnes verwendet werden muß, um Steuern zu zahlen. Ich weiß das aus allerhöchster Anschauung und gebe dem Herrn Abg. Claus zu, daß die Verschuldung eine verschiedene ist bei den Bauern. Gewiß, nämlich in dem Maße, in welchem die Familie imstande war, durch Verzicht auf einen Teil ihres Lohnes die Verschuldung abzubiegen. (Zuruf b. d. Abg. Claus.) Die Dinge stehen heute so, daß die Mitglieder kleinbäuerlicher Familien etwa um die Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes arbeiten, um den Besitz zu erhalten (Abg. Müller-Rittowida): Das glauben Sie ja selber nicht!), oder für noch weniger, und mit diesem Einkünfte ist es möglich gewesen, unter Verzicht auf die im Boden stehende Kapitalrente die Steuern zu zahlen. (Widerpruch b. d. Soz.) Wir müssen in den Dingen klar sehen. Es geht nicht an, daß man, wie Herr Döbberer, eine Rede hält, die vor allen Dingen eine Verbeugung macht und das Glend so läßt, wie es ist, sondern man muß klar die Ursache des Glends und damit die Erbrochlung der Landwirtschaft erkennen.

Dann beklagte Herr Abg. Döbberer mit Recht, daß die Siedlung nicht besser vor sich geht, daß im Gegenteil die ländliche Bevölkerung in die Stadt abwandert. Ja, ist das nicht etwas Selbstverständliches, daß wenn auf dem Lande nicht bloß kein Brot zu finden ist, sondern, wenn für schwere landwirtschaftliche Arbeit die Realentlohnung geringer ist als die Arbeitslohnunterstützung in der Stadt, dann die Leute auf dem Lande auch in Ver Versuchung kommen, zu sagen: Warum soll ich hier schuften, bis mir das Blut aus den Nägeln herauskommt, um einen Lohn zu bekommen, der geringer ist als die Arbeitslohnunterstützung? (Zuruf b. d. Soz.: Trifft nicht zu! — Zurufe b. d. Dnat.: Jawohl, so ist es!) Das ist eine reale Tatsache.

Dann hat Herr Abg. Döbberer eine Betrachtung darüber angestellt, was wichtiger ist, die Kaufkraft der Bauern oder die Kaufkraft der Arbeiter, ich könnte auch sagen: die Kaufkraft des Landes oder die Kaufkraft der Stadtbewohner. Er ist der Meinung gewesen, daß das letztere das wichtigere sei. Ich will nicht nach der Kopfzahl oder der Summe fragen, ich will aber feststellen, daß die Kaufkraft der Bauern aus dem Landbau entkeht und daß sie ein Produkt ist aus Lohn- und Bodenertrag, während die Kaufkraft der Stadter nur ein Produkt aus Lohn ist. Deswegen ist es allerhöchste Zeit, daß wir mit aller Schärfe durch unsere Regierung in Berlin darauf hinzuwirken, daß unser Glend im ganzen keine allerhöchste Quelle darin hat, daß wir die Fliese des Bodenwertes unter der Internationale und unter städtischen Präzedenz vergessen haben, so daß wesentlich ist, daß wir erkennen müssen, daß dort nicht bloß Brot gebaut wird, von dem wir nicht wissen, wie lange es uns die anderen vorgehen werden, sondern daß dorthin auch diejenige Kaufkraft kommt, die uns im Notfalle nach jeder Möglichkeit vom Auslande weniger abhängig machen kann, als das heute der Fall ist.

Wenn der Herr Abg. Döbberer ausgeführt hat, es ist wichtig, wenn wir Deutschen Zollmauern aufrichten, und wenn er rühmt, daß die internationale Arbeiterschaft dafür sorgt, daß die Zollmauern fallen, so hat er vergessen, daß die Aktion der internationalen Arbeiterschaft immer folgenlos geblieben ist: Die internationalen Arbeiter aus neun Nationen haben gesagt: erst kommt mein Vaterland, dann kommt die internationale Frage, und die Internationalen in Deutschland haben gesagt: erst die internationale Frage und dann mein Vaterland. Effekt: In neun Ländern sind Zollmauern und in Deutschland keine. (Rufen und Zurufe b. d. Soz.) Deswegen ist es allerhöchste Zeit, daß wir auch einmal welche aufrichten, um dann mit den anderen darüber reden zu können, ob wir sie abbauen können. (Sehr richtig! b. d. Dnat.)

Wenn Herr Abg. Claus darauf hingewiesen hat, wie die neuen Staaten glänzend nach jeder Richtung hin für die Landwirtschaft zu sorgen bemüht gewesen sind, will ich kurz zum Schluß das eine feststellen: Wahrheit ist, daß seit der Revolution der ländliche deutsche Boden systematisch enteignet worden ist. (Zuruf b. d. Soz.: Von wem denn?) Von der Ungeschicklichkeit der neuen Regenten, wenn nicht von ihrem Willen zur Enteignung! Ich stelle fest, der deutsche landwirtschaftliche Boden steht heute mit Null zu Buche. Wenn heute überhaupt noch Äcker gekauft werden, werden sie von Leuten er-

halten, die auf Schluß spekulieren. Es steht weiter fest, daß die Bearbeitung dieses Bodens nicht einen Lohn bringt, der dem Arbeitslohn der städtischen Bevölkerung angemessen ist. Dann ist ohne weiteres klar, daß wir vor den Kopf geschlagen sind, wenn wir die einzige Möglichkeit, die uns in Versailles geliebt ist, nämlich unser Brot im eigenen Lande zu bauen, nicht wahrnehmen. Wenn wir eine Regierung im neuen Deutschland hätten, die ihren Namen verdient, wäre ihre erste Sorge gewesen, uns in der Brotversorgung unabhängig zu machen, das heißt auf deutsch, die landwirtschaftliche Arbeit lohnend zu machen (Zuruf b. d. Soz.: Warum hat Herr Schiele nicht dafür gesorgt?), wenigstens die Arbeit so lohnend zu machen, daß die Erträge dem Lohn des städtischen Arbeiters entsprechen. Man hat halt dessen alles getan, um dem Landwirt Eigentum und Lohn wegzunehmen, und das ist die letzte Ursache des Zusammenbruchs unserer Wirtschaft und der großen Arbeitslosigkeit, weil die fehlende Kaufkraft der Landwirtschaft die Industrie ruiniert hat. Wir haben die Möglichkeit, die Industrie zu retten, wenn wir unserer gesamten landwirtschaftlichen Bevölkerung die Kaufkraft geben, die sie im Frieden gehabt hat; dann brauchen wir uns auch um die Ausfuhr weniger zu sorgen, weil dann die notwendige Ausfuhr in den Qualitätswaren bestehen könnte, die uns die Ausländer nicht nachmachen können und die sie uns sowieso ablaufen würden. Solange wir durch das Fehlen der Landwirtschaft gezwungen sind, mehr zu exportieren, stehen wir handelspolitisch ungünstig da, und deswegen möchte ich, — so wertlos der Gedanke von Herrn Renner ist, die ganze Geschichte heute zur Aussprache gestellt zu haben — doch die Gelegenheit benutzen, unsere Regierung zu bitten, in Berlin darauf hinzuwirken, daß in Sachen die Notlage eine besonders gefährliche ist, weil wir durch die Fällung in Landwirtschaft und in unserer sehr empfindlichen Exportindustrie, wie sie sich in unserer Arbeitslosigkeit zeigt, das gefährdetste Gebiet im deutschen Vaterland sind (Sehr richtig! b. d. Dnat.), und daß in Berlin einmal darauf gesehen werden muß, daß nicht der Zusammenbruch, der in Sachen in der Industrie in einem erschreckenden Maße geschehen ist, sich in der Landwirtschaft fortsetzt, der nur noch verschleiert ist, weil der Bankrottprozess bei den Bauern langsamer geht als bei der Industrie. (Beifall b. d. Dnat. — Zuruf b. d. Komm.: Aber Währungsrichter!)

Abg. Schneider (Komm.): Es ist eine Regel, daß, wenn zwei dasselbe tun, sie sich gegenseitig immer Hilfeleistung leisten. So sehen wir, daß dieses Jahr auf der Industriekongress in Düsseldorf die Industrie auch ihr Agrarprogramm hat, um die Rentabilität der Landwirtschaft sicherzustellen, und sich auch für eine Erhöhung der Futtermittelzölle ausspricht.

Nun ist die Frage aufzuwerfen: Wer hat ein Interesse daran, wer hat einen Profit von den Futtermittelzöllen? Wenn landwirtschaftliche Betreuer hier sind, werden sie mir zugeben müssen, daß hauptsächlich die wertvolle Bauernschaft, die kleinen und die Mittelschichten Net leiden würden an Futtermitteln, die hauptsächlich gezwungen sind, Viehzucht zu treiben, und dementsprechend Futtermittel zuzukaufen müssen. Das bedeutet, daß bei einer weiteren Belastung der Futtermittel erhöhte Produktionskosten in Frage kommen. Nun weiter. Das Agrarprogramm des Minister Dietrichs sagt, wir müssen das überflüssige Getreide aus dem Markte herausziehen, wir müssen auf die Tonne 40 M. an Krämen bezahlen, wir müssen einen Vergeltungszwang einrichten, um dann diesen Roggen für die menschliche Nahrung unbrauchbar zu machen und diesen Roggen wieder als Futtermittel an kleine Viehzüchter Bauern abzugeben. Wie drückt sich das aus? Einerseits durch eine Erhöhung der Futterzölle um 5 M. pro Zentner (Abg. Claus: Der Doppelzentner!) also 2 M. auf einen Zentner sozusagen für die von dem Markt herausgezogene Getreidemenge. Andererseits eine Erhöhung der Zölle. Das bedeutet, daß dann ein Anzeichen der Futtermittelpreise eine naturnotwendige Erscheinung ist, die hauptsächlich die kleinen bäuerlichen Betriebe trifft. Diese Verteuerung bedeutet für 1000 Stück Rindvieh in einem Jahre 18000 M. aus Kosten der wertvollen Bauernschaft. (Widerpruch des Abg. Schladebach.)

Weiter hat Herr Kollege Schladebach vorhin noch erwähnt, daß eine große Preispanne zwischen Vieh- und Fleischpreisen bestünde. Das ist richtig, aber das bedeutet eine große Preispanne zwischen Produktion und dem Verkauf an den Konsumenten. Wo ist diese Preispanne zu suchen? Von der Landwirtschaft, auch von der grünen Front ist sozusagen die Viehverwertungs-genossenschaft propagiert worden. Sie ist auch schon in Aktion getreten. Ich habe diesen Propagandisten schon vorhin gesagt, daß sie bei dieser Viehverwertungs-genossenschaft auf halbem Wege stehen würden. Sie möchten wohl durch den Zusammenschluß der Viehzüchter stabile Preise herbeiführen, aber wie sieht es in Wirklichkeit aus? Durch die Genossenschaft der Fleischer, durch die Genossenschaft des Handels wird das wieder weitgemacht, und die Preispanne ist nicht aus der Welt zu schaffen, denn der Fleischer, der Handel nimmt den überwiegenden Prozentsatz des Verdienstes dem produzierenden Bauer wieder ab. Es ist einfach so, daß der Konsument einen höheren Preis zahlen muß, und der wichtigste Bauer bekommt für seine Arbeitskraft nicht das, worauf er Anspruch hätte.

Es wurde vorhin erwähnt, daß sich auch die Schuhindustrie in einer großen Notlage befindet, und daß die Schuhindustrie deswegen eine Zollforderung stellt. Wenn man nun einen Vergleich mit den Verhältnissen vor dem Kriege zieht, so ergibt sich folgendes. Der wichtigste Bauer gibt jetzt sein Stück Vieh mit dem Fell genau so ab wie vor dem Kriege, also das Fell wird nicht berechnet. Die Schuhe aber sind nicht zu Vorkriegspreisen zu erhalten, sondern diese Preise haben eine hundertprozentige, wenn nicht eine noch höhere Steigerung erfahren. Es ist also doch immerhin eine Preisfrage, und wir müssen feststellen, daß der Profit, daß der Gewinn verschwindet. Wo aber sind diese Gewinne zu suchen? Die Gewinne sind bei den Gewerbetreibenden, bei den Großhändlern und bei den Industrieunternehmungen zu suchen (Abg. Schmidt: Sie wissen Bescheid!), die heute höhere Preise nehmen. Anders ist es doch nicht. Wenn Herr Kollege Schladebach weiter ge-

meint hat, daß wegen des billigen Roggenpreises sich die Kleinbäuerlichen Betriebe auf die Schwelmezeit gelegt hätten, so ist daran etwas Wahres. Wenn zuviel Schwelme auf den Markt sind, wird der Preis dadurch herabgedrückt. Einestheils ist dann zuviel Fleisch auf dem Markt, und andererseits kann es der Konsument nicht kaufen. Also unsere heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung zeigt, daß wir einerseits zuviel Waren haben und daß andererseits die Leute sozusagen verhungern müssen. Wie ist dieses Problem zu lösen? Dieses Problem hat Sowjet-Rußland sehr gut gelöst. (Sehr gut! b. d. Komm. — Rufen rechts und Zuruf rechts: Deswegen kommen die Deutschen jetzt alle herüber!) In Rußland hat der Bauer Abnahmefähigkeit und Verdienst, und auch der Arbeiter kann sich selbstverständlich etwas kaufen. (Lebhafte Zurufe rechts: In Rußland haben wir doch Lebensmittellisten! Proletarien! — Abg. Dr. Wilhelm: Sie haben ja gar keine Idee von russischen Verhältnissen!) So steht es in Wirklichkeit. Aber Sie von der grünen Front sind diejenigen, die die Arbeitsbauern täuschen, die die Arbeitsbauern, wenn Sie sie brauchen, um aus ihrem Kapital zu schlagen, dazu auffordern, für Sie die Ertragsgehaltener zu machen. Da sagen Sie: wir leiden alle Not, wir ziehen alle an einem Strick, und dann kommen Sie, wie es auch der Herr Abg. Dr. Troll gemacht hat, und stellen immer das Gerüchten von Mängel in den Vordergrund. Aber Professor Mängelinger hat nicht gesagt, daß es den Rittergutbesitzern schlecht geht, sondern er hat bloß gesagt, daß es den Kleinbauern, den Arbeitsbauern schlecht geht. Die Arbeitsbauern gehören nicht in Ihre Front, täuschen Sie die Arbeitsbauern nicht, denn es ist noch niemals ein Arbeitsbauer Referent geworden! (Große Brüllerkeit.) Das hat es noch niemals gegeben, daß aus dem Hof, aus der Wirtschaft eines Arbeitsbauern jemals ein hochstudierter Mann, eine Intelligenz hervorgegangen ist. (Lebhafte Zurufe und Rufen rechts.) Aber Sie stellen sich an die Spitze der notleidenden Bauern, obwohl es Ihnen sanwohl geht, obwohl Sie in der Lage sind, Tausende der Bedrängten durchzuschlagen. (Lebhafte Zurufe b. d. Komm. — Zurufe rechts.)

Damit ist die Aussprache beendet. Nach dem Schlußwort des Abg. Renner (Komm.) wird der Antrag Drucksache Nr. 51 abgelehnt.

Die Punkte 3—7 der Tagesordnung werden zusammen behandelt.

Punkt 3: Beratung über den Antrag des Abg. Renner u. Gen. gegen die Anrechnung der Invalidenrentenerhöhung auf die Zuschläge der Bezirksfürsorgeverbände. (Drucksache Nr. 208.)

Der Antrag Nr. 208 lautet:

Die am 1. Oktober 1929 erfolgte geringe Erhöhung der Invalidenrenten wird von den Wohlfahrtsämtern bei den örtlichen Zuschlägen wieder in Abzug gebracht. Es wird somit diese Rentenerhöhung wieder illusorisch gemacht, wobei die Gemeinden auf Kosten dieser Kränken nennenswerte Beträge ersipaten.

Der Landtag wolle beschließen: die Regierung zu beauftragen, den bezirksfreien Städten und Bezirksfürsorgeverbänden die Anrechnung der Rentenerhöhung auf die Zuschläge zu untersagen.

Abg. Schaffner (Komm. — zur Begründung): Es ist bekannt, daß am 1. Oktober eine sogenannte Rentenerhöhung für die Invalidenrenten eingetreten ist, eine Erhöhung von 1 M. bis höchstens 4,15 M. pro Rentner. Diese Verordnung, die im Juni herausgegeben ist, wurde von der kommunistischen Partei als eine Verhöhnungswille bezeichnet insofern, weil wenige Wochen vor dieser Verordnung der Reichstag und die Reichsregierung an dem Sozialetat den Betrag von 96 Mill. M. und an den Ausgaben für die Kriegspolizei einen Betrag von 135 Mill. M. eingespart haben. So kann man ruhig sagen, daß das Trinkgeld, das von dieser Partei zurückfließt, nur ein Bluff ist, um die ungeheure Erregung der Invalidenrentner zu beruhigen. Der Betrag, der ausgeworfen worden ist für die Erhöhung der Invalidenrenten, beträgt schätzungsweise 21 Millionen. Als im Juni im Reichskabinett der Beschluß gefaßt worden war, daß die Renten erhöht werden sollen, war in der sozialdemokratischen und auch teilweise in der bürgerlichen Presse zu lesen, daß dies eine ungeheure Verbesserung der Lage der Invaliden bedeute. In Wirklichkeit ist dieser Erfolg sehr minimal, ja im Laufe der Zeit wird er überhaupt nicht als Erfolg gebührt werden können, sondern als weiterer Verlust für die Invalidenrentner. Es ist so, daß die Erhöhung der Invalidenrenten den Invalidenrentnern bei der Anzahlung der Zuschläge von den Gemeinden und Wohlfahrtsämtern wieder abgezogen wird, und es sind sogar Fälle zu verzeichnen, daß noch mehr abgezogen wird, als die Erhöhung der Renten betragen hat. Die Dinge liegen so, daß die Fürsorgeverbände und die Wohlfahrtsämter durch die Tatsache, daß eine keine Erhöhung festgefunden hat, veranlaßt sind, Nachuntersuchungen anzustellen bei den Rentnern, ob sie der erhöhten Höhe wege seitens der Wohlfahrtsämter noch bedürftig sind, und es sind Beispiele vorhanden, daß nicht nur die Erhöhung an der Invalidenrente von der Invalidenversicherung gekürzt worden ist, sondern daß darüber hinaus noch weitere Abstriche getätigt worden sind. Diesem Verhalten sagen wir schärfsten Kampf an. Die Dinge liegen so, daß die Gemeinden und Bezirksfürsorgeverbände die Erhöhung der Renten für sich in Anspruch nehmen, um angeblich ihre schlechten Finanzen einigermaßen zu reorganisieren. Wir geben zu, daß die Notlage der Gemeinden ungeheuer groß ist. Aber wir geben nicht zu, daß die schlechte Finanzlage der Gemeinden gemindert werden muß auf Kosten der Ärmsten der Ärmsten, auf Kosten der Invaliden- und Sozialrentner. Wenn schon eine Sanierung der Finanzen notwendig ist und durchgeführt werden muß, so sind andere Wege einzuschlagen. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat bereits im Reichstage einen ähnlichen Vorstoß gemacht und hat von der Reichsregierung verlangt, daß diese Maßnahmen der Bezirksfürsorgeverbände und der bezirksfreien Städte rückgängig gemacht werden. Da hat Finanzminister Dr. Hüfner erklärt, daß er bereits ein Rundschreiben herausgegeben

und die Länder ermahnt hätte, die Anrechnung nicht so scharf vorzunehmen. Positiv ist aber nichts geschehen, und zwar deshalb nicht, weil die Reichsregierung abgelehnt hat, scharf gegen die Länder und Bezirksfürsorgeverbände vorzugehen.

Nun sagt Herr Finanzminister Dr. Hüfner, es ständen Gesetze entgegen, so daß die Reichsregierung nichts unternehmen könnte. Es sind Beispiele vorhanden, daß das wohl möglich ist und daß die Reichsregierung auch schon Anweisungen dazu gegeben hat, die sich natürlich nicht zugunsten, sondern zuungunsten der Sozialrentner ausgewirkt haben. (Redner führt zwei Beispiele an und fährt fort:) Das sind zwei entgegengesetzte Beispiele, die beweisen, daß es wohl möglich ist, auch von oben herunter die Bezirksfürsorgeverbände anzuweisen, daß es unstatthaft ist, die beschlossenen Erhöhungen, die an sich geringfügig sind, abzugeben.

Wir haben in unserem Antrage gefordert, daß die Landesregierung beauftragt werden möge, die Bezirksfürsorgeverbände und Bezirkskreiskassen anzuweisen, daß die Anrechnung der Rente sofort zu unterbleiben hat. Es ist unbedingt notwendig, wenn wir eine Verringerung der Not dieser Kreise erreichen wollen, daß man über Kleinliche Gesetzesbindungen hinweggeht und vor Weihnachten dazu kommt, dafür zu sorgen, daß diese armen Leute wieder in den Genuß zum mindesten dieser kleinen Unterstützung kommen. Ich appelliere deshalb im Interesse dieser Armen, daß der Landtag beschließen möge, diesem Antrage stattzugeben.

**Punkt 4. Beratung über den Antrag des Abg. Renner u. Gen. wegen Gewährung einer Winterbeihilfe an Renten- und Fürsorgeempfänger sowie Erwerbslose. (Drucksache Nr. 209.)**

Der Antrag Nr. 209 lautet:

Die infolgeollerhöhdungen gestiegenen Lebensmittelpreise haben die an sich schlechte Lage der Renten- und Fürsorgeempfänger noch wesentlich verschlechtert. Der bevorstehende Winter verschärft die Lage dieser Schichten noch um ein gewaltiges mehr.

Der Landtag wolle deshalb beschließen:

die Regierung zu beauftragen, allen Renten- und Fürsorgeempfängern sowie allen Erwerbslosen eine Winterbeihilfe in Höhe von

- a) für Hauptunterstützungsempfänger 40 RM.,
- b) für unterhaltspflichtige Angehörige 10 RM. zu gewähren.

Abg. Siegel (Komm. — zur Begründung): Wir haben heute in diesem Hause bereits des längeren über die allgemeine Notlage der arbeitenden Bevölkerung gesprochen. Unmittelbar im Zusammenhang damit steht natürlich die Frage einer Winterbeihilfe; sie muß genau so beurteilt werden, wie heute hier die Fragen anlässlich der Zolldebatte behandelt worden sind, weil unmittelbar die Zusammenhänge, die bei der Beratung auch unseres Antrags eine Rolle spielen, immer wieder auf die Ursachen zurückzuführen, aus denen die Reichsregierung in diesem Jahr die Gewährung einer Winterbeihilfe abgelehnt hat. Die Lage der werktätigen Bevölkerung immer und immer wieder zu schildern, ist notwendig, weil gerade die Notlage solch ungeheure Ausmaße annimmt, wie sie vor allen Dingen durch die Zahlen, die mein Fraktionsgenosse Renner hier anlässlich der Begründung des Zollantrags zum Ausdruck gebracht hat, belegt worden ist. Man muß aber noch etwas weiteres tun, um zu begründen, daß sich diese Notlage nicht allein auf die Schichten der werktätigen Bevölkerung ausdehnt, sondern daß diese Notlage in eminent hohem Maße Schichten der Bevölkerung ergreift hat, die nicht in der Lage sind, irgendwie durch der Hände Arbeit etwas zu verdienen, die nur auf die Renten und auf die Fürsorgeunterstützungen angewiesen sind. Deshalb muß man gerade dieser Schicht der Bevölkerung das größte Entgegenkommen zeigen, muß man diesen Leuten gerade in Anbetracht des bevorstehenden Winters unter die Arme greifen und ihnen helfen. Man kann die Frage nicht so stellen, wie sie im Reichstag gestellt wurde, wo Herr Bissell als Reichsarbeitsminister erklärte, eine einmalige Beihilfe ist zwecklos, was nützt sie diesen armen der Ärmsten, absolut nichts; man muß ihnen die Renten erhöhen, man muß vor allen Dingen für eine dauernde, eine ständige Unterstützung sorgen. Das sagte der Herr Reichsarbeitsminister Bissell. Aber was hat er getan, um die Renten in Wirklichkeit zu erhöhen? Beim vorigen Antrage haben wir ja gesehen, daß die minimalen Rentenerhöhungen durch die Anrechnung bei der Fürsorgeunterstützung wieder illusorisch gemacht werden, so daß diese Erhöhungen einfach ins Wasser gefallen sind.

Der Herr Abg. Claus hat heute vor allen Dingen die Maßnahmen des Herrn Reichsernährungsministers Dietrich verteidigt. Gerade der Reichsernährungsminister Dietrich hat dazu beigetragen und er hat es auch besonders festgelegt in seinem Buch „Ein Jahr Agrarpolitik“, wie er es verstanden hat, durch die Erhöhung der Zölle die Preise ins Ungeheure zu steigern. Mit der Zollsteigerung ist natürlich auch eine allgemeine Verteuerung der Lebensmittel verbunden, eine allgemeine Teuerung überhaupt, eine Verschlechterung der gesamten Lebenslage der werktätigen Bevölkerung.

Als Ursachen hierfür kommen drei Momente in Frage, die man heute zusammenfassend in den Vordergrund rücken muß: Das ist die Preispolitik, die durch die kapitalistischen Monopole, Kartelle, Trusts und Syndikate geführt wird, zweitens der Hochschulzoll und drittens die ungeheure Belastung in steuerlicher Beziehung. Ich möchte nur die Steuerfrage herausgreifen. Gerade die Steuerfrage ist eine der wichtigsten Fragen, die heute im Zusammenhang mit der gesamten Wirtschaftskrise nicht behandelt worden ist. Während im Jahre 1913 insgesamt ein Bedarf an Finanzen von 7252000 M. vorhanden war, so ist jetzt der Finanzbedarf des Reiches und des Landes auf über 20 Milliarden M. gestiegen. Und darüber hinaus steht die Tatsache fest, daß natürlich mit den bereits vorhandenen Steuern noch nicht ein

ungeheures gesteigert werden sollen. (Hört, hört! b. d. Komm.)

Aber die Steuerfrage steht heute nicht im Vordergrund. Im Vordergrund steht bei diesem Antrage vielmehr die Notlage der verschiedenen Rentner, der Wohlfahrtsfürsorgeunterstützungsempfänger, der Kriegrentner, der Kleinrentner, der Erwerbslosen; und wenn im Reichstage die Sozialdemokratische Fraktion nicht einmal dazu gesprochen hat, und hier im sächsischen Landtage die Sozialdemokratische Fraktion von der Regierung 6 Millionen zur Unterstützung dieser Kreise verlangt, so ist das mehr als Demagogie, mehr als eine Vertuschung der wirklichen Tatsachen.

Ich möchte weiter gerade in der Zeit der Weihnachtsstimmung, die die bürgerliche Gesellschaft in den Zeitungen so glänzend auszuzeichnen versteht, darauf hinweisen, mit welchen Luxusartikeln, mit welchen Gegenständen die Schaufenster ausgefattet sind. Da kein Proletarier in der Lage ist, sich auch nur einen geringen Teil davon zu kaufen und das, was dort ausgestellt ist, sich überhaupt an einem Tage im Jahre einmal zu leisten, so ist das eine Aufreizung schlimmster Art. Und dem steht gegenüber, daß man tatsächlich in den Zeitungen des Pöbels schreibt, daß es den Arbeitern noch viel zu gut geht. Aber die Tatsache, daß sich neben den außer dem Produktionsprozess stehenden Arbeitern, den Erwerbslosen, auch die Rentner, Kleinrentner, Sozialrentner, Wohlfahrtsfürsorgeempfänger nicht leisten können, weil das Geld einfach nicht reicht, diese Tatsache verschweigen Sie offensichtlich und glauben, diese Sache abstellen zu können auf ein Gebot, wo Sie selbstverständlich durch Ihre Presse alle Schuld abwälzen auf die Faulheit der Arbeiter, daß sie nicht die Erkenntnis besitzen, daß die deutsche Wirtschaft wieder gehoben werden muß. Jawohl, die Arbeiterklasse besitzt die Kenntnis, sie besitzt auch das Erkennen, was notwendig ist, aber nicht in dem Sinne, wie Sie die Verhältnisse aus der Welt schaffen zu können glauben.

Gerade in dem Zusammenhange ist es notwendig, auf die vielen Notigen hinzuweisen, die in der Tagespresse erscheinen, meist etwa folgenden Inhalts: „Entsetzliche Familientragödie. In Abwesenheit ihres Mannes öffnete die Frau des Fabrikarbeiters Soundso den Gasahn. Als die Nachbarn, durch den Gasgeruch alarmiert, die Tür aufschloßen, fanden sie die Frau und die drei Kinder bereits tot. Nahrungsvorrichtungen sollen der Grund zu dieser Bergewöhnung sein.“ Das finden Sie in der Presse tagtäglich zu Tausendenmalen. In diesen dürren Worten liegt der ganze Zustand, den diese kapitalistische Gesellschaftsordnung hervorgebracht hat, liegt das ganze Elend, an dem das Volk zu leiden hat. Das muß man ganz offen aussprechen, aber nicht das allein, an einem Fall illustriert, auch die Statistiken sprechen eine deutliche Sprache. Während z. B. im ganzen Reiche 1921 12729 Selbstmorde zu verzeichnen waren, stieg die Zahl im Jahre 1926 auf 16480 und ist heute auf über 20000 gestiegen. Das sind bereits Zahlen, und diese Selbstmorde sind zurückzuführen auf die Elendslage des Proletariats, auf die Elendslage der Rentner, derjenigen, die nicht in der Lage sind, irgendwie das Leben noch fristen zu können.

Und so ist es auch mit der Statistik der Justiz. Das Verbrechertum, das man gerne abschreiben möchte auf die Trägheit und Faulheit, auf die Unlust zur Arbeit, ist ungeheuerlich gestiegen, aber auch diese Tatsache ist zurückzuführen auf die gegenwärtige Lage, in der diese Bevölkerungsschichten stehen, hervorgerufen durch die Anarchie in der ganzen Wirtschaft, hervorgerufen durch den ganzen Zusammenbruch, der überhaupt in der ganzen Wirtschaft besteht. Dasselbe trifft natürlich zu auf das Elend der Kinder. Die Unterernährung der Kinder, die bereits in Deutschland heute zu verzeichnen ist, daß über 2 Millionen Kinder vollständig unterernährt sind, daß 3 1/2 Millionen Arbeitslose vorhanden sind, daß über 2 Millionen Kriegspäpser vorhanden sind, alles das sind die Ergebnisse dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Wir wissen natürlich, daß mit diesem unserem Antrag allein die Not nicht gelindert werden kann, wir hoffen aber, daß wenigstens erreicht wird, daß der Teil der Bevölkerung, der am meisten unter diesen Zuständen zu leiden hat, einmal im Jahre etwas bekommt, wovon er sich sattessen kann, wodurch er einmal von dem Gedanken des Elends auf eine kurze Zeit abkommt, daß er einmal im Jahre weiß: Jawohl, ich habe einmal ein paar Pfennige Geld, von denen ich mir etwas zu essen kaufen kann, so daß ich einmal den Gedanken, alles Elend zu vergessen, nachgehen kann, wiewohl das schwer gelingen wird. Aus diesen Gründen stellen wir den Antrag. Darüber hinaus aber ist es vor allen Dingen notwendig, daß sich auch diese Kreise einreihen in die Kampffront, in die rote Klassenfront des Proletariats. Ihre Lebenslage, ihre Belange können nur erfüllt werden in der Gesamtheit des Kampfes des werktätigen Volkes. Deshalb geht auch von uns aus der Appell an diese Kreise, wenn sie auch auf Grund ihres Alters, ihrer Inaktivität nicht mehr so in der Lage sind zu kämpfen, doch zu dieser Klassenfront zu stehen, mit uns gemeinsam, mit den Arbeitern in den Betrieben ihre Belange zu vertreten. Wir wissen, daß gegen diese Front vom gesamten Bürgertum steht, die gesamte Front vom äußersten rechten Flügel des Bürgertums bis herab zur Sozialdemokratie, bis zur reformistischen Gewerkschaftsführung. Aber eins steht fest, daß auch die Erkenntnis in den Reihen der Arbeiter sich immer mehr Bahn bricht, daß die Verelendung des Proletariats mit diesen Mitteln, wie sie vor allen Dingen im Reichstag anlässlich der Beratung des kommunistischen Antrages eine Rolle spielten, nicht gelindert werden kann.

Ich komme zum Schluß. Wenn wir gerade heute am vorletzten Tage der Plenarsitzung vor Weihnachten diese Anträge hier stellen, und wenn wir hinzufügen, daß wir gern sähen, daß diese Anträge angenommen werden, so tun wir es aus dem Grunde, weil es höchste Zeit ist und weil vor allen Dingen diese Kreise der Bevölkerung auf die Beschlüsse des Landtags warten und wissen, daß es Aufgabe derjenigen ist, die wirklich ernsthaft diesen Sozialrentnern, diesen Kleinrentnern und Wohlfahrtsfürsorgeunterstützungsempfängern etwas geben wollen, daß sie diesen unseren Anträgen zustimmen und sie annehmen. Ich beantrage zum Schluß, daß diese Anträge heute in der Schlussberatung angenommen werden.

Präsident: Das muß sowieso geschehen.

Ehe ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich bekanntgeben, daß sich sämtliche Fraktionen dahin geeinigt haben, daß Punkt 8 der heutigen Tagesordnung, betr. den Seidemännchen Konkurs, als Punkt 1 der nächsten Sitzung angelehnt wird.

Der Landtag beschließt demgemäß.

Als Punkt 2 würde dann die Wahl des beantragten Untersuchungsausschusses auf die Tagesordnung gesetzt. Auch das beschließt der Landtag.

Dann haben sich die Fraktionen geeinigt, die Bestimmungen über die Anträge der Punkte 3, 4, 5, 6 und 7 der heutigen Tagesordnung nicht heute vorzunehmen, sondern die Abstimmung als Punkt 3 auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

Da die Tagesordnung nun durch den Punkt Seidemännchen etwas reichhaltiger geworden ist, wird gebeten, daß der Landtag bereits um 12 Uhr seine Sitzung beginnt. Auch dementsprechend beschließt der Landtag.

**Punkt 5 der Tagesordnung: Beratung über den Antrag des Abg. Krudt u. Gen. zum gleichen Gegenstand. (Drucksache Nr. 247.)**

Der Antrag Nr. 247 lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

die Regierung zu beauftragen, zur Gewährung einer Winterbeihilfe an besonders bedürftige Sozial-, Klein- und Kriegrentner, Wohlfahrtsunterstützungsempfänger und Erwerbslose den Bezirksfürsorgeverbänden 6 Mill. RM. zur Verfügung zu stellen.

Diese Beihilfe muß den Bezirksfürsorgeverbänden so zeitig zugestellt werden, daß die Auszahlung noch vor Weihnachten erfolgen kann.

Abg. Schleinitz (Soz. — zur Begründung): Die Tatsache, daß die sächsische Regierung und die Mehrheit des sächsischen Landtags nicht ernstlich gewillt sind, alle Wege zu begehen, die notwendig sind, um die Not im Volke zu lindern, hat zur Folge, daß das Heer der Erwerbslosen von Tag zu Tag größer wird. Tausende von Erwerbslosen sind aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert und müssen heute als Krisenfürsorgeempfänger oder als Empfänger der Wohlfahrtsunterstützung oder der Fürsorgeunterstützung ihr Leben fristen. Diese Unterstützung reicht nicht aus, um auch nur das Allernotwendigste zum Leben zu beschaffen. Der längere Zeit von der Unterstützung in der allgemeinen Fürsorge leben mußte, der muß ganz notwendig verelenden, weil die Richtsätze in der Fürsorge so gering sind, daß sie nicht im entferntesten ausreichen, auch nur das Allernotwendigste für den Bedarf zu beschaffen. Am Ende bleibt diesen Opfern der kapitalistischen Wirtschaft nichts weiter übrig, als entweder Selbstmord zu begehen, wie wir es sehr oft in der Presse lesen können, oder es ist die Ursache dazu, daß sich die Vergehen am Eigentum gewaltig steigern und daß diese Opfer dann hinter den Mauern der Gefängnisse landen. Diese Unterstützungen, die auf der einen Seite nicht ausreichen, das zu beschaffen, was notwendig ist, sind aber für die Gemeinden eine drückende Last. Die Gemeinden, die ohnehin in ungeheurer schlechter Finanz-Lage sind, sind nicht in der Lage, diesen Opfern der Inflation, den Opfern des Krieges und allen denen, die in Frage kommen, erhebliche Sonderunterstützungen zu gewährleisten, weil auch die Gemeinden und namentlich die Arbeiterwohnortsgemeinden fast ohne Mittel sind, um auch ihre Aufgaben, die auf anderen Gebieten notwendig sind, erfüllen zu können. Und heute in dieser Jahreszeit kommt noch hinzu, daß dann diese Opfer infolge dieser geringen Unterstützung nicht in der Lage sind, sich für den Winter mit Feuerung und anderen Dingen einzudecken. Die Bekleidung dieser Leute, die lange Zeit arbeitslos sind, und die auf Wohlfahrtsunterstützung oder sonst eine andere Unterstützung angewiesen sind, bedarf dringend der Ergänzung. Und bei den Arbeitslosen kommt noch hinzu, daß das lange Warten auf den Arbeitsämtern bei Regen und unangenehmer Witterung sich auf die Gesundheit der Erwerbslosen besonders ungünstig auswirkt, wenn sie mit schlechten Schuhen und schlechter Bekleidung stundenlang auf die Abfertigung auf dem Arbeitsamt warten müssen. Das Selbstverständliche ist, daß nun diese Kreise in den Gemeinden Anträge stellen, daß die Gemeinden Winterbeihilfen gewähren sollen, um diese besonderen Räte abzustellen. Die Gemeinden aber sehen keine Möglichkeit, die Dinge irgendwie zu finanzieren. Die Schuld daran liegt zum großen Teile am sächsischen Staate. Der sächsische Staat hat durch den ungerechten Finanzausgleich den Gemeinden, vor allen Dingen den Arbeiterwohnortsgemeinden, nicht die Möglichkeit gegeben, ihre Aufgaben zu erfüllen, und auch die Aufgabe der Versorgung der Rentner, der verschiedensten Unterstützungsempfänger kann nicht durchgeführt werden, weil gerade die Arbeiterwohnortsgemeinden bei dem Finanzausgleich in Sachsen außerordentlich schlecht behandelt werden.

Wir haben deshalb den Antrag Nr. 247 eingebracht. Das, was in diesem Antrage verlangt wird, ist das Mindeste, was geschehen muß. Es wird das mit Recht von der sächsischen Regierung gefordert, und es ist ganz zwecklos, wenn ein kommunistischer Abgeordneter darauf hingewiesen hat, daß im Reichstage nicht das Notwendige getan würde und wir also auch nicht das Recht hätten, das in Sachsen zu verlangen, denn nicht nur das Reich, sondern auch die Länder haben die Pflicht, für diese Opfer zu sorgen. Auf Grund der Fürsorgeverpflichtung haben Länder und Gemeinden alles zu tun, was in ihren Kräften steht. Wir glauben aber, daß gerade hier die Kommunisten keinen Anlaß haben, gegen die Sozialdemokratie in dieser Form vorzugehen, weil wir feststellen können, daß bei dem Arbeitsbeschaffungsprogramm, das die Sozialdemokratische Fraktion beantragt und um das sie gekämpft hat und in welchem jetzt die 10 Mill. M. verankert sind, die für diese Bezirksfürsorgeverbände ausgeworfen worden sind, die kommunistische Fraktion ganz bestimmt keinen Kampf geführt hat, sondern daß der Kampf allein von der Sozialdemokratischen Fraktion geführt worden ist und daß ein kleiner Erfolg erkämpft worden ist.

(Fortsetzung in der nächsten Beilage)